

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Literaturverzeichnis	21
§ 1 Beendigung des Arbeitsverhältnisses in der Insolvenz	25
A. Die Arbeitgeberstellung in der Insolvenz	25
I. Insolvenzverwalter, Eigenverwaltung	25
II. Vorläufiger Insolvenzverwalter	26
1. „Starker“ vorläufiger Insolvenzverwalter	26
2. „Schwacher“ vorläufiger Insolvenzverwalter	27
3. „Schwacher“ vorläufiger Insolvenzverwalter mit Arbeitgeberbefugnis	28
III. Insolvenzverwalter als „Partei kraft Amtes“	29
IV. Keine Verfahrensunterbrechung bei Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters ohne Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis ...	29
V. Verfahrensunterbrechung bei Bestellung eines vorläufigen Insol- venzverwalters mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	29
VI. Unterbrechung des Verfahrens wegen Eröffnung des Insolvenz- verfahrens	30
1. Wirkungen der Verfahrensunterbrechung	30
2. Verfahrensunterbrechung in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten	32
VII. Unterbrechung wegen Eröffnung des Insolvenzverfahrens im Ausland	34
VIII. Unterbrechung des Verfahrens wegen Beendigung des Insolvenz- verfahrens	35
IX. Haftung aus Arbeitsverhältnissen, Insolvenzanfechtung und Rechts- wegfragen	36
1. Klagen des Insolvenzverwalters	36
2. Klagen gegen den Insolvenzverwalter nach § 60 InsO	45
3. Klagen gegen den Insolvenzverwalter nach § 61 InsO	47
4. Haftung aus Verschulden bei Vertragsschluss	51
5. Klagen gegen Geschäftsführungsorgane	51
6. Klagen gegen Gesellschafter	55
X. Selbstständige oder nicht selbstständige Tätigkeit und Mitarbeit des Gemeinschuldners/Geschäftsführers des Unternehmens	56
1. Mitarbeit im schuldnerischen Unternehmen	56
2. Selbstständige Tätigkeit des Gemeinschuldners	61
3. Änderungskündigung in der Verbraucherinsolvenz des Arbeit- nehmers	61

B. Das Kündigungsrecht des Arbeitnehmers und des Insolvenzverwalters	63
I. Wahlrecht des Insolvenzverwalters	63
1. Besonderheiten im Arbeitsrecht	63
2. Kein Rücktritt von einem vorinsolvenzlich vereinbarten Beendigungsvergleich	64
II. Fortgeltung des Kündigungsschutzgesetzes und der Sonder- kündigungsschutztatbestände	65
III. Das insolvenzrechtliche Freistellungsrecht des Insolvenzverwalters .	72
1. Einseitige Freistellung oder Freistellungsvereinbarung	72
2. Überprüfungskriterien bei einseitigen Freistellungen	73
3. Besonderheiten nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	74
4. Checkliste: Rang und Durchsetzung der Vergütungsansprüche in der Insolvenz – BAG v. 31.3.2004 – 10 AZR 253/03	76
5. Anrechnung anderweitigen Verdienstes/Wettbewerbsverbot	77
6. Vorläufiger Rechtsschutz gegen Freistellung	80
7. Berücksichtigung von Urlaubsansprüchen	80
8. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Freistellung ...	81
9. Freistellung und Mitbestimmung	83
10. Erfordernis eines Fortsetzungsverlangens	83
IV. Kündigungsfristen und Kündigungserschwernisse in der Insolvenz .	84
1. Kündigungsfristen und Beseitigung von Kündigungs- einschränkungen	84
2. Kündigungsfristen innerhalb der Drei-Monats-Frist	85
3. Kündigungsfrist bei Kündigung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter	86
4. „Verfrühungsschaden“	86
5. Kündigungsfrist für vom Insolvenzverwalter erst begründete Arbeitsverhältnisse	87
V. Ausdehnung des Geltungsbereichs der Drei-Wochen-Frist des KSchG	88
C. Betriebsbedingte Kündigungen im Vorfeld und in der Insolvenz	89
I. Abgrenzung zu personen- und verhaltensbedingten Kündigungen ...	89
II. Außer- oder innerbetriebliche Ursachen	89
III. Unternehmerische Entscheidung	91
1. Organisatorische Maßnahmen	91
2. Besonderheiten bei Betriebsstilllegungen	92
a) Bestimmung der Kündigungsendtermine	92
b) Umfang der Unterrichtungspflicht	95
c) Zustimmungserfordernisse	95
3. Kündigung im Zusammenhang mit Kurzarbeit	96
4. Arbeitsvolumen und Kündigungsumfang	97

IV. Fehlende Weiterbeschäftigungsmöglichkeit (ultima-ratio-Prinzip) ..	97
1. Freie Arbeitsplätze	98
2. Zumutbare Anlern-, Umschulungs- oder Fortbildungs- maßnahmen	100
3. Vorrang der Änderungskündigung	100
V. Dringlichkeit der Kündigung (ultima-ratio-Prinzip)	103
VI. Sozialauswahl	104
1. Gruppe der vergleichbaren Arbeitnehmer	104
a) Grundlagen und Kriterien der Vergleichbarkeit	104
b) Teilzeitarbeitnehmer und Vollzeitarbeitnehmer	106
2. Feststellung der Sozialdaten nach früherem Recht	107
3. Neuregelungen durch das Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003	108
a) Dreistufige Prüfung der Ordnungsgemäßheit der Sozial- auswahl	108
b) Bewertungsmaßstäbe	110
c) Vorrang betrieblicher Gründe/sog. Leistungsträgerregelung ..	111
d) Zulässigkeit einer Auswahl nach Altersgruppen	113
4. Sonstige Überprüfungsbeschränkungen	116
a) Formale Anforderungen an ein Punkteschema	117
b) Begrenzung auf einzelne Sozialdaten	118
c) Gewichtung der einzelnen Sozialdaten	119
d) Beispielfälle	120
e) Rechtsfolgen einer Sozialauswahl aufgrund eines Punkte- schemas	122
f) Rechtsfolgen einer fehlerhaften Sozialauswahl	123
5. Interessenausgleich mit Namenslisten	124
a) Gesetzliche Grundlagen	124
b) Verfassungsgemäßheit der sog. Namenslistenregelung	124
c) Einzelvoraussetzungen der sog. Namenslistenregelung	126
d) Nachträgliche Ergänzung der Namensliste	128
e) Teil-Namensliste	129
f) Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	132
g) Das Merkmal der groben Fehlerhaftigkeit	134
h) Betriebsratbeteiligung	135
VII. Kündigungsverbot gem. § 613a BGB	135
VIII. Maßgeblicher Zeitpunkt und Änderung der Verhältnisse	136
IX. Fortsetzungsanspruch („Wiedereinstellungsanspruch“)	136
1. Fortsetzungsanspruch gegen den bisherigen Arbeitgeber	136
2. Fortsetzungsanspruch gegen den Betriebserwerber	142
3. Fortsetzungsanspruch in der Insolvenz	144

4. Wiedereinstellungsanspruch aufgrund einer Wiedereinstellungs- zusage	145
5. Prozessuale Geltendmachung des Fortsetzungsanspruchs	146
X. Vorausgegangene Kündigungen und Nachkündigung durch den Insolvenzverwalter	151
XI. Kündigung eines befristeten Arbeitsvertrages durch den Verwalter ..	152
XII. Darlegungs- und Beweislastverteilung	152
XIII. Rechtsfolgen der unwirksamen Kündigung	153
XIV. Checkliste: Personalanpassungsmaßnahmen in der Insolvenz	154
D. Der besondere Kündigungsschutz	156
I. Mutterschutz	156
II. Elternzeit (Erziehungsurlaub)	156
III. Schutz schwerbehinderter Menschen	157
1. Gesetzliche Grundlagen	157
2. Sonderkündigungsschutz	158
a) Antragsverfahren	159
b) Entscheidung des Integrationsamtes	159
c) Besonderheiten bei krankheitsbedingten Kündigungen	160
d) Geltendmachung und Verwirkung	161
IV. Arbeitsplatzschutz Wehr- und Zivildienstleistender	162
V. Ausbildungsverhältnisse	163
VI. Betriebsverfassungsorgane	163
E. Die außerordentliche Kündigung in der Insolvenz	166
I. Außerordentliche Kündigung durch den Insolvenzverwalter	166
II. Außerordentliche Kündigung durch den Arbeitnehmer	166
F. Betriebsübergang in der Insolvenz	167
I. Geltung des § 613a BGB in Insolvenzverfahren	167
II. Abgrenzungsfragen: Betriebsveräußerung, Betriebsstilllegung, Betriebsänderung	168
1. Betriebsbegriff	168
2. Gemeinschaftsbetrieb	170
3. Betriebsteil/Teilbetrieb	176
4. Betriebsschließung und Teilbetriebsschließung	182
III. Regelungsgegenstände und Rechtsfolgen des § 613a BGB	185
1. Geschützte Beschäftigungsverhältnisse	185
2. Kündigungsverbot des § 613a Abs. 4 BGB	187
3. Aufhebungsverträge und § 613a BGB	187
4. Zeitpunkt des Betriebsübergangs	189
5. Einstweilige Verfügung auf Unterlassung von Betriebs- übergängen	190
6. Arbeitsaufnahme und Arbeitsbedingungen im Erwerberbetrieb ..	190

IV. Übergang einer organisatorischen Einheit, nicht „Funktions- übergang“	192
V. Zuordnung der Arbeitnehmer der Verwaltungsebene beim Teil- betriebsübergang	203
VI. Kündigung nach dem Erwerberkonzept bzw. nach einem Sanierungskonzept	205
1. Kündigung nach einem Erwerberkonzept	205
2. Kündigung nach einem Sanierungskonzept des Insolvenz- verwalters	205
VII. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers und dessen Rechtsfolgen	206
1. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers nach früherem Recht	206
2. Unterrichtsverpflichtung des Arbeitgebers und Wider- spruchsrecht des Arbeitnehmers	208
3. Unterrichtsverpflichtung auch gegenüber dem einzelnen Arbeitnehmer	209
4. Inhalt der Unterrichtsverpflichtung	209
5. Schuldner der Unterrichtungspflicht	214
6. Form der Unterrichtung	214
7. Rechtsfolgen der unterlassenen bzw. nicht ordnungsgemäßen Unterrichtung	217
8. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers nach § 613a Abs. 5, 6 BGB	219
9. Adressat des Widerspruchs	222
10. Form und Inhalt des Widerspruchs	222
11. Widerspruchsfrist	223
12. Rechtsfolgen des Widerspruchs	224
13. Verwirkung des Widerspruchsrechts	227
VIII. Weitergeltung von Verweisungen auf Tarifverträge?	230
IX. Urlaubsansprüche bei Betriebsübergang	231
X. Übergang von rückständigen Sozialversicherungsbeitrags- verpflichtungen	232
XI. Ausgleichsansprüche und interne Pflichten der Arbeitgeber	233
XII. Passivlegitimation im Rahmen des Kündigungsschutzes in Betriebs- übergangsfällen	233
XIII. Klagefrist	239
XIV. Einschränkung der Klagemöglichkeit in der Insolvenz	239
XV. Beschlussverfahren bei Betriebsveräußerungen in der Insolvenz	240
XVI. Abbedingung der Haftungsfolgen des § 613a BGB in der Insolvenz .	241
XVII. Haftung für Versorgungsansprüche in der Insolvenz	243
XVIII. Geltung des § 25 HGB in der Insolvenz?	245
XIX. Auswirkungen eines Betriebsübergangs auf Gesamtbetriebsräte	246

1. Übergang sämtlicher Betriebe eines Unternehmens auf zwei andere Unternehmen	246
2. Übergang aller Betriebe eines Unternehmens auf ein anderes Unternehmen	247
XX. Auswirkungen des Betriebsübergangs auf Gesamtbetriebsvereinbarungen	248
G. Verfahren bei Massenentlassungen	249
I. Konsultations- und Anzeigepflicht	249
II. Entlassungsbegriff und Kündigung	250
1. Entlassungsbegriff nach der neuen Rechtsprechung des EuGH ..	250
2. Entlassungssperre nach § 18 KSchG	255
III. Unterlassene oder fehlerhafte Massenentlassungsanzeigen	257
1. Rechtsfolgen einer nicht ordnungsgemäßen Massenentlassungsanzeige	257
2. Bedeutung der Zustimmung der Arbeitsverwaltung	262
3. Detailspekte der bisherigen Rechtsprechung des BAG	262
IV. Entlassungsbegriff und Aufhebungsvereinbarungen	265
V. Auskunftspflicht	266
§ 2 Kollektives Arbeitsrecht in der Insolvenz	269
A. Abgrenzung: Betrieb und Unternehmen	269
I. Das Unternehmen	269
II. Der Konzernbegriff und seine praktische Bedeutung	270
B. Grundlagen der Beteiligungsrechte des Betriebsrates	270
I. Rechtliche Grundlagen	270
II. Betriebsänderungen	271
1. Rechtliche Grundlagen	271
2. Personalabbau als Betriebsänderung	273
3. Unterlassungsanspruch des Betriebsrates	274
III. Interessenausgleich und Sozialplan	275
IV. Nachteilsausgleich	276
1. Voraussetzungen und Berechnung des Nachteilsausgleichs	276
2. Besonderheiten in der Insolvenz	278
3. Insolvenzrechtliche Behandlung der Nachteilsausgleichsansprüche	279
V. Problem der nachträglichen Betriebsratwahl	280
1. Wahl des Betriebsrates nach Insolvenzeröffnung	280
2. Betriebsratanhörung	280
VI. Übergangs- und Restmandat des Betriebsrates	281
1. Übergangsmandat	281
2. Restmandat	282
VII. Unternehmenseinheitlicher Betriebsrat	282

C. Interessenausgleich	283
I. Rechtsgrundlagen des Interessenausgleichs	283
II. Zustandekommen des Interessenausgleichs	284
D. Betriebsänderung in der Insolvenz	285
I. Insolvenzspezifische Probleme bei Betriebsänderungen	285
II. Verfahrensregelungen zum Interessenausgleich nach § 121 InsO	286
III. Verfahrensregelungen zum Interessenausgleich nach § 122 InsO	286
1. Antrag auf Zustimmung des Arbeitsgerichts	286
2. Verfahrensrechtliche Regelungen	287
3. Entscheidungsgrundlagen	288
4. Berechnung der Drei-Wochen-Frist	288
5. Vorläufiger Rechtsschutz	289
IV. Sonderfall einer Betriebsvereinbarung: Kündigungserleichterung nach § 125 InsO	290
1. Interessenausgleich mit Namensliste	290
2. Form der Namensliste nach § 125 InsO	292
3. Einzelaspekte der Vermutungswirkung der Namensliste	294
4. Checklisten zur Vermutungswirkung der Namensliste	301
5. Erhaltung bzw. Schaffung einer ausgewogenen Personalstruktur .	302
V. Inhalt und Umfang der Unterrichtung des Betriebsrates	305
E. Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz	308
I. Beschlussverfahren nach § 126 InsO	308
II. Arbeitsgerichtliche Besonderheiten des Verfahrens nach § 126 InsO.	310
III. Bindungswirkung im Kündigungsschutzverfahren nach § 127 InsO .	310
F. Sozialplan	311
I. Abschlussvoraussetzungen	311
II. Laufzeit des Sozialplanes	313
III. Geltungsbereich des Sozialplanes	314
IV. Leitende Angestellte und Heimarbeiter	317
V. Inhalt des Sozialplanes	317
1. Übliche Gestaltungsinhalte, Dotierung und Verteilungskriterien .	317
2. Eigenkündigungen	320
3. Begrenzung der Abfindung für „rentennahe Arbeitnehmer“	320
4. Kürzung/Ausschluss der Abfindung bei Ablehnung zumutbarer Beschäftigungsangebote	322
5. Qualifikations- und Leistungskriterien	325
VI. Auslegung von Sozialplänen	325
VII. Begrenzung der Sozialplandotierung im Insolvenzverfahren	326
1. Absolute Obergrenze gem. § 123 Abs. 1 InsO	326
2. Relative Obergrenze gem. § 123 Abs. 2 InsO	327
VIII. Bedeutung des § 123 InsO für Abfindungstarifverträge	327
IX. Insolvenzzrang der Sozialplanforderungen	328

X.	Abschlagszahlungen auf Sozialplanansprüche	330
XI.	Widerrufsregelung des § 124 InsO	330
XII.	Ansprüche aus nicht widerrufenen oder nicht mehr widerrufbaren vorinsolvenzlichen Sozialplänen	331
XIII.	Anmeldung von Sozialplanansprüchen zur Insolvenztabelle	331
G.	Wirkung der Verfahrenseröffnung auf Tarifverträge und Betriebs- vereinbarungen	332
I.	Tarifbindung	332
II.	Insolvenzbedingtes Ausscheiden aus dem Arbeitgeberverband	332
III.	Bindung an Betriebsvereinbarungen	333
§ 3	Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis für die Zeit vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	335
A.	Stellung der Arbeitnehmer in der Insolvenz	335
B.	Grundzüge des Entgeltschutzes in der Insolvenz	335
I.	Entgeltrückstände außerhalb des Insolvenzgeldzeitraums	336
1.	Laufende Vergütungsansprüche	336
2.	Zeitguthaben	336
3.	Nachteilsausgleich	337
4.	Tarifliche Abfindungsansprüche	337
5.	Schadensersatzansprüche wegen Auflösungsverschuldens	338
II.	Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen seit dem 1.1.2009	338
1.	Flexigesetz II	338
2.	Inhalt des Gesetzes	340
3.	Führung von Wertguthaben	340
4.	Insolvenzschutz	341
5.	Portabilität von Wertguthaben	342
6.	Sonstige Regelungen	343
III.	Feststellungsklage (§ 179 InsO) und Leistungsklage	344
1.	Einfache Insolvenzforderungen	344
2.	Masseforderungen und Feststellungsinteresse	344
IV.	Arbeitnehmer als Gläubigergruppe	345
V.	Rang der vom vorläufigen Insolvenzverwalter begründeten Vergütungsansprüche	345
C.	Zeugnis	347
I.	Bisherige Rechtsprechung: Zeugniserteilung durch den Arbeitgeber	347
II.	Neuere Rechtsprechung: Zeugniserteilung durch den Insolvenz- verwalter	347
D.	Altersteilzeit in der Insolvenz	348
I.	Rechtliche Grundlagen	348
II.	Insolvenzsicherung	349

III. Rang der Ansprüche aus dem Altersteilzeitverhältnis in der Insolvenz	355
IV. Kündigung in der Freistellungsphase	358
V. Kündigung in der Arbeitsphase	358
VI. Urlaubsabgeltung	358
E. Insolvenzgeld	359
I. Rechtliche Grundlagen	359
II. Die Voraussetzungen des Anspruchs auf Insolvenzgeld	361
1. Voraussetzung: Der Arbeitnehmer	361
a) Der geschäftsführende GmbH-Gesellschafter	362
b) Familienangehörige	367
c) Scheinselbstständige	370
2. Voraussetzung: Die Inlandsbeschäftigung	373
3. Voraussetzung: Das Insolvenzereignis des Arbeitgebers	374
a) Allgemeines	374
b) Der Arbeitgeber	375
c) Das Insolvenzereignis „Eröffnung des Insolvenzverfahrens“ (§ 165 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 SGB III)	377
d) Das Insolvenzereignis „Abweisung des Insolvenzantrages mangels Masse“ (§ 165 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 SGB III)	377
e) Das Insolvenzereignis „vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit“ (§ 165 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 SGB III)	378
f) Das ausländische Insolvenzereignis	381
4. Voraussetzung: Rückständiges Arbeitsentgelt im Insolvenzgeld- Zeitraum	382
5. Voraussetzung: Ansprüche auf Arbeitsentgelt	382
a) Rechtliche Grundlagen	382
b) Zuordnungsprobleme	384
c) Alphabetische Übersicht der insolvenzgeldbegründenden Arbeitsentgeltansprüche	386
6. Voraussetzung: Der Antrag auf Insolvenzgeld	391
a) Allgemeines	391
b) Die Zwei-Monats-Frist	393
c) Nachfrist	394
III. Der Ausschluss des Anspruchs auf Insolvenzgeld	395
1. Ausschlussstatbestände	395
2. Ausgeschlossene Arbeitsentgeltansprüche	396
a) Ansprüche auf Arbeitsentgelt wegen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder für eine Zeit nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	396

b) Arbeitsentgeltansprüche, die durch eine nach der Insolvenzordnung angefochtene oder anfechtbare Rechtshandlung erworben worden sind	397
c) Anspruchsausschluss wegen Leistungsverweigerungsrechts ..	398
d) Erstattung des Insolvenzgeldes	398
IV. Höhe und Auszahlung des Insolvenzgeldes	399
V. Vorschussleistungen der Bundesagentur für Arbeit	401
VI. Anspruchsübergang auf die Bundesagentur für Arbeit	402
VII. Übertragungen, Pfändungen und Verpfändungen des Arbeitsentgeltsanspruchs vor Antrag auf Insolvenzgeld	404
VIII. Die Vorfinanzierung des Arbeitsentgelts	406
IX. Pfändung, Verpfändung und Übertragung des Anspruchs auf Insolvenzgeld	408
X. Datenaustausch und Datenübermittlung innerhalb der Europäischen Union (§ 172 SGB III)	410
XI. Pflichten des Insolvenzverwalters/Arbeitgebers/Arbeitnehmers und Dritter	411
1. Pflichten des Insolvenzverwalters	411
2. Pflichten des Arbeitgebers/Arbeitnehmers und Dritter	413
XII. Altersteilzeit und Insolvenzgeld	414
F. Arbeitslosengeld	415
I. Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit	415
II. Arbeitslosengeld II	417
G. Transferleistungen: Transfer-Kurzarbeitergeld und Teilnahme an Transfermaßnahmen (§§ 110, 111 SGB III)	418
I. Rechtliche Rahmenbedingungen	418
II. Das Transfer-Kurzarbeitergeld (Transfer-Kug, § 111 SGB III)	419
1. Rechtliche Grundlagen	419
2. Die Voraussetzungen des Transfer-Kurzarbeitergeldes	419
3. Zu den einzelnen Voraussetzungen	420
a) Zu 1.	420
b) Zu 2. a)	420
c) Zu 2. b)	421
d) Zu 2. c)	421
e) Zu 3.	422
f) Zu 4.	423
g) Zu 5. und 6.: Anzeige (§ 99 SGB III)	425
III. Teilnahme an Transfermaßnahmen (§ 110 SGB III)	425
1. Transfermaßnahmen	425
2. Die Anspruchsvoraussetzungen	427
a) Gesetzliche Grundlagen	427

b) Persönliche Voraussetzungen	428
aa) Drohende Arbeitslosigkeit aufgrund einer Betriebs- änderung	428
bb) Drohende Arbeitslosigkeit nach beendeter Berufs- ausbildung	429
c) Maßnahmevoraussetzungen	429
aa) Transfermaßnahme	429
bb) Durchführung von Dritten	430
cc) Zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt	430
dd) Sicherung der Durchführung	431
ee) Qualitätssicherungssystem	431
3. Zuschussbemessung	432
4. Anspruchsausschluss wegen Subventionsverbots	432
5. Frühzeitige Beratung	433
a) Allgemeines	433
b) Beteiligte	433
c) Form	434
d) Inhalt	434
e) Fehler	435
6. Ausschluss gleichartiger Leistungen	435

§ 4 Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis für die Zeit nach der Verfahrenseröffnung

437

A. Qualifizierung der Ansprüche	437
B. Einzelprobleme	438
I. Abfindungen	438
1. Abfindung aus vorinsolvenzlicher Zeit	438
2. Abfindung aus nachinsolvenzlicher Zeit	439
3. Abfindungsanspruch nach § 1a KSchG in der Insolvenz	439
II. Einmalzahlungen und erfolgsabhängige Vergütungen	440
III. Urlaubsansprüche	440
IV. Schutz von Arbeitszeitreduzierungen im Sanierungsinteresse	444
V. Karenzentschädigung aus Wettbewerbsverbot	444
VI. Vergütungsansprüche aus einer arbeitsvertraglichen Freistellungs- abrede	444

§ 5 Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz

447

A. Schutz der betrieblichen Altersversorgung von Arbeitnehmern	447
I. Rechtsgrundlagen	447
1. Europarechtliche Grundlagen/Bedeutung des Einigungsvertrags ..	447
2. Träger der Insolvenzversicherung	450

II. Sicherungsfälle gem. § 7 BetrAVG	450
III. Neuregelungen im Zusammenhang mit der InsO 1999	450
IV. Gesicherte Versorgungsansprüche	452
V. Beginn und Ende der Leistungspflicht	453
VI. Einzelheiten des Sicherungsfalles im Sinne des BetrAVG	453
VII. Der frühere Sicherungsfall der wirtschaftlichen Notlage des Arbeit- gebers	454
VIII. Einzelne Versorgungsformen	455
IX. Verschiebung des Fälligkeitszeitpunktes	456
X. Begrenzungen der Einstandspflicht des PSV bei hohen Betriebs- renten	457
XI. Begrenzung der Einstandspflicht des PSV bei zurückliegenden Versorgungsverbesserungen	457
XII. Zeitliche Begrenzung bei künftigen Verbesserungen im Rahmen eines Insolvenzplanes	458
XIII. Scheitern der Sanierung	458
XIV. Forderungsübergang	459
XV. Besonderheiten bei Direktversicherungen und Rückdeckungs- versicherungen	459
1. Insolvenzfestigkeit von Direktversicherungen	459
2. Anfechtbarkeit von Prämienzahlungen zur Direktversicherung ..	465
3. Anfechtbarkeit der Verpfändung von Versicherungsansprüchen ..	466
4. Insolvenzfestigkeit verpfändeter Ansprüche aus Rückdeckungs- versicherungen	466
5. Insolvenzfestigkeit der Rückdeckungsversicherung zur Unter- stützungskasse	469
6. Lohnsteuerliche Folgen des Verlusts eines Bezugsrechts	470
XVI. Abfindungsmöglichkeit	470
XVII. Gerichtliche Auseinandersetzungen	470
XVIII. Finanzierung der Insolvenzsicherung nach dem BetrAVG	471
B. Schutz der Altersvorsorge von Gesellschaftern und Gesellschafter-Ge- schäftsführern	473
I. Geschützter Personenkreis	473
II. Persönlich haftende Gesellschafter	474
III. GmbH-Geschäftsführer	475
IV. Bedeutung geleisteter Beitragszahlungen	476
§ 6 Fortführungsgesellschaften, Transfergesellschaften und übertragende Sanierung	479
A. Zweck und Arten von Fortführungsgesellschaften	479
I. Sanierungsgesellschaften	479
II. Betriebsübernahmegesellschaft	479

III. Auffanggesellschaft	480
B. Haftungsregelungen	481
C. Transfergesellschaften (Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften) ..	481
I. Beschäftigentransfer	481
1. Hilfen der Agentur für Arbeit	482
2. Transferagenturen, Transfergesellschaften und Transfersozial- pläne	482
II. Transferagenturen	483
III. Einschaltung von Transfergesellschaften, Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsgesellschaften	483
1. Rechtliche Grundlagen	483
2. Überleitung in Transfergesellschaften und Problematik des § 613a BGB	485
a) Gestaltung des Übergangs in eine Transfergesellschaft	485
b) Umgehung des Schutzzwecks des § 613a BGB	487
c) Wegfall der Refinanzierungszahlungen	492
3. Haftungsfragen	492
IV. Transfersozialpläne	495
1. Rechtliche Grundlagen	495
2. Erstreikbarkeit eines Transfersozialplans	496
Stichwortverzeichnis	499